

# Die Schuhputzer von Hamra

Ohne Heimat, ohne Schule, ohne Perspektive: Syriens Kinder sind im Libanon zur Arbeit verdammt

VON BARTHOLOMÄUS VON LAFFERT



**Straßenlohn:** Momo und Firas mit ihren Schuhputzkisten. Umgerechnet 50 Cent erhalten sie für ein gewieniertes Paar.

KAI FELDHEIM

**B**EIRUT. „Sind sie weg?“, flüstert Firas auf Arabisch. Zusammengekauert sitzt der Zwölfjährige in seinem Versteck auf den Stufen vor dem vergitterten Kellereingang des Metro al Madina Theaters in Beirut. Für die Touristen mit ihren schweren Koffern, für die Libanesen mit ihren Tüten von Gucci und H&M ist Firas hier nicht zu sehen. Auch nicht für die libanesischen Polizisten in den blaugrauen Tarnuniformen, die ihn, seinen Bruder Ahmad und Momo, seinen Cousin, noch vor wenigen Sekunden durch die Straßen hetzten. „Verdammt Scheiße“, flucht der 16-jährige Momo, sein dünner Oberlippenbart bebte. Er hat den linken Arm um seinen jüngeren Cousin gelegt. Mit der anderen Hand trommelt er nervös auf der verbeulten Konservendose, die er sonst als Schemel benutzt. „Ich glaube, sie haben Ahmad erwischt.“

## Checkpoints und Strafen

Die drei Jungen arbeiten als Schuhputzer in Hamra. Das ist der Stadtteil, der nach dem Bürgerkrieg zum schicken Vorzeigeviertel Beirut aufpoliert wurde, mit gläsernen Bankfilialen, Fünf-Sterne-Hotels, amerikanische Burgerketten, teuren Uhrengeschäften und libanesischen Boutiquen. Mittendurch fahren hupende Edelkarossen, getunte BMW, Porsches und jede Menge alter Mercedes-Taxen.

Zwischen all dem Glitzer, dem Glamour und den vollen Einkaufstüten: Kinder. Arbeitende Kinder, die Nüsse und Rosen verkaufen. Kleinkinder, die Passanten am Saum zupfen und mit traurigen Augen versuchen, ein paar Dollar zu erbetteln. Kinder wie Momo und Firas, die an alten Gürteln schwere

Holzboxen voll giftig stinkender Schuhcreme mit sich schleppen. Wie viele Kinder es sind, weiß niemand, aber woher sie kommen, ist jedem bewusst: aus Syrien. Sie sind syrische Flüchtlinge im Libanon.

Nach Angaben des Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) sind derzeit 1 017 433 Syrer als Flüchtlinge im Libanon registriert, doch die Zahlen täuschen. Schätzungen von anderen Menschenrechtsorganisationen gehen von mindestens 1,5 Millionen Syrern in dem kleinen Mittelmeerstaat aus, der gerade einmal vier Millionen Einwohner hat.

Seit Mai 2015 verbietet die libanesisch Regierung dem UNHCR, Flüchtlinge als solche zu registrieren, um den Zustrom – zumindest statistisch – zu stoppen. Schon im Januar 2015 wurden die Einreisebedingungen und Wohnsitzauflagen für die Zugezogenen verschärft: Wer legal im Land leben möchte, muss seitdem pro Familienmitglied im Jahr 200 Dollar zahlen, gleichzeitig aber eine einvernehmliche Erklärung unterschreiben, nicht im Libanon zu arbeiten.

Diese Verordnungen haben dazu geführt, dass inzwischen 65 Prozent der Syrer keinen legalen Aufenthaltsstatus haben. Sie laufen Gefahr, an den Militär-Checkpoints festgenommen, zu horrenden Strafzahlungen verdonnert und mit sogenannten Self-Deportation-Papieren bedacht zu werden. Darin werden sie aufgefordert, freiwillig in ihre syrische Heimat zurückzukehren. Die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 hat der Libanon nie unterschrieben.

„Aus Angst, inhaftiert zu werden, nehmen Eltern die Kinder aus der Schule und schicken sie in die Ar-

beit“, erklärt Bassam Khawaja von Human Rights Watch. Er beobachtet die Entwicklung im Libanon seit Jahren mit Sorge. Von 400 000 registrierten Kindern im schulpflichtigen Alter besuchen laut UNHCR nur 150 000 die öffentliche Schule, die Tendenz ist abnehmend. Eine Viertelmillion Kinder ohne Schulbildung: eine verlorene Generation?

„Noch ist es nicht zu spät“, glaubt Khawaja. Die internationale Gemeinschaft müsse nur endlich anfangen, die Menschen effektiv umzusiedeln, und Druck auf die libanesisch Regierung ausüben, um Flüchtlingen legalen Aufenthalt und Schutz zu ermöglichen, fordert er.

Schutz? Darüber kann der zwölfjährige Firas nur lachen. Sein Bruder Ahmad, 14, wurde gerade abgeführt. „Es kann jetzt eine Woche dauern, bis ich ihn wieder sehe“, schimpft er. Die Angst vor der Polizei hat er längst verloren, falls er je Angst hatte. „Ich wurde schon mindestens zwanzig Mal festgenommen“, prahlt er. Die Festnahmen sind ärgerliche Zwischenfälle, mit denen die Straßenkinder in Hamra rechnen müssen. Eine Woche Gefängnis bedeutet für die Betroffenen eine Woche Verdienstaustausch. Für Firas indes heißt das: doppelt so viel Arbeit, doppelt so viele Schuhe.

Gleichgültig zuckt er mit den Schultern. Er hat schon Schlimmeres erlebt. Die Narben auf seinem Körper deuten darauf hin. Firas' Kindheit endete vor fünf Jahren viel zu früh, als in seiner Heimatstadt

Deraa in Süd-Syrien der Aufstand gegen das Assad-Regime begann; als die Menschen in Deraa für die Freilassung der Kinder protestierten, die systemkritische Parolen an die Fassade des Schulgebäudes geschmiert hatten und dafür von der Polizei gefoltert wurden. Kinder, so alt wie Momo und Firas.

„Vor unserer Schule wurde fast täglich demonstriert“, erinnert sich Momo. „Zuerst kam die Polizei, dann die Soldaten, später die Panzer.“ Firas schlägt das Bein seiner Jeans hoch und fährt mit den verschmierten Fingern über die verbrannte, ledrige Haut auf seinem Unterschenkel. „Da bin ich im heißen Teer ausgerutscht, als wir vor der Polizei weglaufen“, erklärt er.

Im Libanon stehen die syrischen Straßenkinder meist vor den teuren Cafés in der Hamra Street und warten. Beliebt ist zum Beispiel das „Coffee Bean“, in dem sich Studenten der Amerikanischen Universität treffen und die Beurter Bohème beim Soja-Latte beisammensitzt und die Missstände im Land beklagt.

Auf der Terrasse hat an diesem Nachmittag der Libanese Wadiah al-Asmar Platz genommen und nippt an seinem Wasserglas. Wadiah al-Asmar, ein wuchtiger Mann mit schwarzem Vollbart, ist Präsident des Libanesischen Center for Human Rights (CLDH) und hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Syrern zu ihren Rechten zu verhelfen.

Er blickt auf die wartenden Jungen mit den schweren Holzboxen.

„Ich glaube, hier ist ein guter Ort, um die Flüchtlingspolitik des Libanons zu erklären“, sagt er und fügt zynisch an: „Wobei es Flüchtlinge ja gar nicht gibt: Die Regierung erkennt sie als solche nicht an.“

## Im Niemandland

Aber was sind die Schutzsuchenden dann? „Keine Flüchtlinge, keine Arbeits-Migranten, keine Touristen“, erklärt al-Asmar. „Sie haben den Rechtsstatus Syrer, gestrandet im Niemandland, ohne rechtliche Rahmenbedingungen.“ Das macht ihn wütend: Die Syrer würden zu Sündenböcken für alles, was schiefläuft, gemacht, sagt er, ob Wirtschaft, Arbeitsmarkt oder Terror.

An die These von der Radikalisierung der perspektivlosen Jugend glaubt er nicht. „Bevor die Syrer hier in großer Zahl in den Dschihad ziehen, wird es zu sozial motivierten Aufständen kommen“, fürchtet er. „Die Taktik der Regierung ist die gleiche wie in vielen EU-Staaten: Je beschissener wir die Menschen behandeln, desto wahrscheinlicher gehen sie zurück nach Syrien.“

Doch unweit der libanesisch-syrischen Grenze, gleich hinter dem Anti-Libanon-Gebirge, tobt weiter der Bürgerkrieg. Die Menschen, die es sich leisten konnten, sind weitergeflohen nach Europa, manche bis nach Kanada. Zurück bleibt im Libanon eine arme Unterschicht. Die Mehrheit sind Frauen und Kinder, die als Billiglöhner ausgebeutet werden und sich vor der Abschiebung nach Syrien fürchten. Zurück in den Krieg will niemand hier.

Von den Flüchtlingen im Libanon leben 70 Prozent unterhalb der Armutsgrenze von vier Dollar pro Tag, berichtet Human Rights Watch. Vier Dollar sind nichts in einem Land,

dessen Lebenshaltungskosten so hoch sind wie in Mitteleuropa. Nur 45 Prozent der Flüchtlinge profitieren von den Ausschüttungen des Welternährungsprogramms, die bei 27 Dollar im Monat liegen. Firas und Momo gehören nicht dazu.

1 000 Lera bekommt Firas pro geputztes Paar Schuhe. Umgerechnet sind das 50 Cent. Wenn er 20 000 Lera zusammen hat, geht er nach Hause in die alte Wohnung nahe der Autobahnbrücke, die er mit dem Vater und sechs Geschwistern teilt. Das sind zwanzig Paar Schuhe, die blank poliert werden wollen. Manchmal gibt es etwas Trinkgeld.

Die meisten Leute hier kennen die syrischen Straßenkinder. Längst sind sie fester Bestandteil des Beirut Straßenbildes. Wie echte Geschäftsleute unterhalten sie sich mit den Bankern und Unternehmern, die in der Mittagspause oder nach Feierabend auf die Straße treten und sich die Schuhe putzen lassen.

„Und wie viele Millionen hast du heute verdient?“, fragt Firas einen etwa dreißigjährigen Mann, der sich die schwarzen Haare lässig mit einer Ray-Ban-Sonnenbrille nach hinten gesteckt hat, während Firas mit einer alten Zahnbürste den Deck aus den Rillen der italienischen Designerschuhe kratzt. „Firas, wenn du wüsstest – eine, vielleicht zwei“, sagt der Mann und schmunzelt.

Und was ist Firas' größter Traum für die Zukunft? Er überlegt. „Welche Zukunft?“, fragt er dann ernst. „Wahrscheinlich werde ich Schuhe putzen, bis ich tot bin. Aber wenn ich die Wahl habe ...“ Er überlegt und schaut sich auf der Straße um, wo eine Gruppe Frauen vor einem Schmuckgeschäft stehen geblieben ist und aufgeregt diskutiert. „Goldverkäufer wäre was“, sagt er dann.

**„Aus Angst, inhaftiert zu werden, nehmen Eltern die Kinder aus der Schule und schicken sie in die Arbeit.“**

Bassam Khawaja, Human Rights Watch

# Mysteriöse Taxifahrt nach Hamburg

Der verstorbene Neonazi-Anführer Michael Kühnen soll möglicherweise Kontakte zum Verfassungsschutz in Niedersachsen gehabt haben

VON ANDREAS FÖRSTER

**B**ERLIN. Michael Kühnen, in den 80er-Jahren der radikalste Neonazi-Anführer in Westdeutschland, hatte möglicherweise Kontakte zum Verfassungsschutz. Diesen Verdacht legt ein jetzt aufgetauchter Stasi-Bericht nahe. Demnach soll Kühnen, der 1991 verstarb, nach seiner Haftentlassung 1982 mit einem Fahrzeug des niedersächsischen Verfassungsschutzes (LfV) vom Gefängnis abgeholt worden sein. Das LfV hat nach eigenen Angaben weder Erkenntnisse dazu noch Unterlagen aus dieser Zeit.

Bereits Ende der 70er-Jahre hatte die Stasi damit begonnen, ein Dossier über Kühnen anzulegen. Einem später verfassten Auskunftsbericht zufolge schätzte sie ihn als „intellektuellen Drahtzieher des neonazistischen Untergrundes der BRD“ ein, der über „umfangreiche Verbindungen zu führenden Mitgliedern von rechtsextremistischen Terrororganisationen“ in Deutschland und Westeuropa verfüge. Auch von bundesdeutschen Sicherheitsbehörden wurde Kühnen als gefährlich eingestuft; das Bundeskriminalamt führte ihn als terrorverdächtig

„Gefährder“ und schrieb ihn am 30. November 1982 zur polizeilichen Beobachtung aus.

An jenem Tag wurde Kühnen nach mehr als vier Jahren Gefängnis aus der Haftanstalt in Celle in Niedersachsen entlassen. Er hatte dort eine Strafe wegen Volksverhetzung und nationalsozialistischer Propaganda abgesessen. In bisherigen Veröffentlichungen über die Haftentlassung hieß es stets, dass Kühnen von Celle aus mit einem Taxi direkt zu seinen Gesinnungsfreunden in Hamburg gefahren sei.

Ein im Kühnen-Dossier des Ministeriums für Staatssicherheit überlieferter „Sachstandsbericht“ der für funkelektronische Aufklärung zuständigen Hauptabteilung (HA) III lässt diese Taxifahrt in neuem Licht erscheinen. Das Papier vom 10. Januar 1983 hatte der damalige Leiter der HA III, Horst Männchen, dem stellvertretenden Stasi-Minister Gerhard Neiber persönlich zugesandt. Gegenstand des Berichts war die „festgestellte Zusammenarbeit zwischen dem westdeutschen Verfassungsschutz und dem Rechtsextremisten Kühnen, Michael“, wie es in dem Begleitschreiben Männchens an Neiber heißt. Demnach sei Kühnen am 30. No-



AP/DPA/SÜDDDEUTSCHE ZEITUNG  
Michael Kühnen auf einer Demonstration 1983

vember 1982, als er das Gefängnis in Celle verließ, in ein dort „auf ihn wartendes Kraftfahrzeug (gestiegen)“, amtliches Kennzeichen BS-EK (Nummer von der Stasi-Unterlagenbehörde geschwärzt – d.Red.), das als Taxi kenntlich gemacht worden war“. Bei diesem Auto „handelt es sich nachweislich um ein Dienstfahrzeug des LfV Niedersachsen“, heißt es weiter. Kühnen sei mit dem Wagen von Celle bis nach Hamburg gefahren, „wo er im Bereich des Hamburger Hauptbahnhofs das Fahrzeug wieder verließ“. Das Fazit des MfS-Berichts: „Möglicherweise war die mehrjährige Inhaftierung des K. (vom Verfassungsschutz – d.Red.) dazu genutzt worden, ihn als Informanten oder für eine Zusammenarbeit in anderer Form zu gewinnen.“

Die Stasi-HA III beruft sich in ihrem Bericht über Kühnens Taxifahrt auf eine „zuverlässige inoffizielle Quelle“. Damit umschrieb die Lauschabteilung gemeinhin Erkenntnisse, die sie aus abgehörten Funkverkehr und Telefongesprächen gewonnen hatte. Die MfS-Führung erhielt den Bericht erst gut anderthalb Monate nach der Entlassung Kühnens, das könnte darauf deuten, dass in der Zwischenzeit die Stichhaltigkeit

der Information weiter geprüft wurde. Gut möglich, dass die HA III dabei auch Hilfe von der für Auslandsespionage zuständigen HVA erhielt, die zu jener Zeit gleich zwei Agenten im LfV Niedersachsen führte.

Das Landesamt in Niedersachsen konnte auf Anfrage nichts Erhellendes beitragen. Man habe alle in Frage kommenden Abteilungen ergebnislos zu dem drei Jahrzehnte zurückliegenden Vorgang befragt, sagte Behördensprecher Frank Rasche. Hinzu komme, dass Verfassungsschutzakten aus jener Zeit bereits vernichtet worden seien.

Erstaunlich ist, dass in den vorhandenen Stasi-Akten über Kühnen nie wieder ein Bezug zum Verfassungsschutz auftaucht, obwohl die Information doch die oberste Leitungsebene des DDR-Geheimdienstes erreicht hatte. Allerdings ist unklar, ob das in der Stasi-Unterlagenbehörde liegende Kühnen-Dossier überhaupt vollständig ist: Im Sommer 1990 wurden mit Zustimmung der letzten DDR-Regierung Aktenbestände des MfS zum westdeutschen Links- und Rechtsterrorismus an bundesdeutsche Sicherheitsbehörden übergeben. Erst später kamen diese Akten ins Stasi-Archiv zurück.